

Christian Karpf
Dresden

gerichtet an:
Sächsisches Oberbergamt
Kirchgasse 11
09599 Freiberg

Dresden, 22.08.2023

Stellungnahme zum Zinnwald Lithium Projekt

Sehr geehrte Damen und Herren,
hiermit möchte ich zu oben genannten Projekt starke Bedenken anmelden. Diese gründen sich auf die im Folgenden näher ausgeführten Punkte.

1. Wirtschaftliche Nachhaltigkeit des Projektes

Die Nachfrage nach dem Rohstoff Lithium und der politische Wille unabhängig von anderen Rohstoffquellen zu sein, ist verständlich, aber war schon in der Vergangenheit ein Irrweg als die DDR bei der Zinnproduktion Autonomie angestrebt hat.

Es muss hinterfragt werden, ob die derzeitigen Gewinne (und Fördermitteleinnahmen?) der Deutschen Lithium GmbH angesichts der massiven Eingriffe in die Natur zu rechtfertigen sind. Wenn die Erzreserven abgebaut sind, müssen die Gemeinden mit der Nachsorge und Neustrukturierung der Wirtschaft beginnen. Für die Region bedeutet dies eine Krise in absehbarer Zeit.

Momentan entwickelt sich das Gebiet im Osterzgebirge langsam aber stabil mit einer resilienten Gewerbestruktur. Eine Neustart des Bergbaus ist zeitlich begrenzt und sehr einseitig auf ein Produkt fixiert. Wirtschaftszweige wie der Tourismus werden durch das Projekt massiv gestört. Grundsätzlich ist es auch nicht mehr zeitgemäß auf endliche Ressourcen zu setzen. Die Lithiumgewinnung für Batterien ist gerade im Trend, aber die Nachsorge im Bereich des Bergbaus und dem Recycling der aus Lithium hergestellten Produkte sind nicht geklärt.

Eine nachhaltige Wirtschaftsstrategie kann nur bedeuten, dass eine konsequente Kreislaufwirtschaft geplant wird. Der Ausbau der Elektromobilität aufbauend auf einer Batterietechnologie erfüllt diese Forderung derzeit nicht.

Wirtschaftlich kann das Projekt als nicht nachhaltig angesehen werden, da keine langfristig stabilen Strukturen in der Region entwickelt werden.

2. Zerstörung von Biotopflächen

Durch das Projekt soll eine Fläche von über 70 ha beansprucht werden. Bei dem größten Anteil der Flächen handelt es sich um oberirdische Gebiete.

Ehemalige Anlagen des Bergbaus sind nach mehr als 30 Jahren der Einstellung des Abbaus von Zinnerz weitestgehend renaturiert und sollen jetzt wieder reaktiviert werden, was mit einer massiven Naturzerstörung einhergeht. Dieser Ansatz widerspricht den globalen Nachhaltigkeitszielen, die auch von Deutschland mitgetragen werden.

3. Industrieanlage Bärenstein

Abgesehen davon, dass die Technologie entsprechend der Tischvorlage noch viele Fragezeichen aufwirft (Kreislaufführung, Energiebedarf, logistische Fragen), erscheint insbesondere der Umgang mit dem Thema Wasser sehr oberflächlich.

Für die Behandlung des Abwassers der Anlage werden beispielsweise verschieden Abwasserströme gemischt, dann irgendwie in einer „Wasserbehandlungsanlage“ gereinigt und anschließend eingeleitet. Diese Herangehensweise entspricht nicht einem wasserwirtschaftlichen Ansatz nach heutigem Stand. Abwasserströme von Industrieanlagen müssen zwingend im Teilstrom behandelt und möglichst im Kreislauf geführt werden. Die Aussagen in der Tischvorlage sind diesbezüglich sehr vage. Zudem muss bei Industrieanlagen sehr viel Fläche für den Rückhalt und die Behandlung von Niederschlagswasser vorgehalten werden. Zu diesem Thema existieren offensichtlich noch keine Planungen.

4. Hochwassergefahr

Durch die Erschließung von Industrieflächen und deren Versiegelung wird der Abfluss der Flächen stark erhöht. Die Gefahr von Flashfloods wird steigen. In den Planungen ist bisher nicht ersichtlich, wie ein wirksamer Hochwasserschutz eingehalten werden soll, obgleich sämtliche Flächen im Bereich des Hochwasserentstehungsgebiets liegen.

5. Energieeinsatz

Der Energiebedarf der Anlage soll mit Gas gedeckt werden. Der Aufbau von Neuanlagen, die mit fossilen Energieträgern betrieben werden, ist strikt abzulehnen. Auch der Einsatz von energieintensiven Rohstoffen und deren Transport ist kritisch zu hinterfragen.

6. Lebensort

Für die Bewohner der Region bedeutet eine Industrieanlage in dem geplanten Ausmaß ein enormer Verlust an Lebensqualität. Lärm, Verkehr, Verlust von Wald und Naturgebieten, Landschaftszerstörung, Belastung von Boden, Luft und Gewässern sowie die Störung von Rückzugsräumen für Tiere und Pflanzen sind die Folge des geplanten Projektes.

Der Ertrag des Bergbaus ist auf wenige Jahre beschränkt, die Folgen für die Natur und die Bewohner der Region werden Jahrzehnte zu spüren sein. Das Projekt ist daher in Gänze abzulehnen.

Mit freundlichen Grüßen
Christian Karpf